

# Der neueste Stand des Erwachsenenstimmrechtes

Autor(en): **Kägi, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **23 (1967)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-845958>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Der neueste Stand des Erwachsenenstimmrechtes

Zum 1. Februar 1967

Von Prof. Werner Kägi

Was die Gegner des Frauenstimmrechtes am Abend des 20. November des letzten Jahres — offensichtlich ohne Ueberzeugung und nur mit gedämpftem Trommelklang — als «Sieg» bezeichneten, war lediglich die letzte Verzögerung in einem Rückzugsgefecht. Der 1. Februar muss sie erneut daran erinnern, dass sie vor acht Jahren — auch mit einem «Sieg»! — *den grossen Kampf verloren haben*. Der Dambruch ist am 1. Februar 1959 in der welschen Schweiz erfolgt. Im Juni 1966 tat Baselstadt den Schritt als erster Kanton der deutschen Schweiz. Weitere Kantone werden möglicherweise noch in diesem Jahre folgen. Die Männer Zürichs, die 1911 durch die Partialrevision vom 29. Januar mutig die Entwicklung zum allgemeinen und gleichen Erwachsenenstimmrecht eingeleitet haben (KV Art. 16 Abs. 2) — nur die skandinavischen Staaten waren in Europa vorangegangen! —, sind offenbar von einem weniger beherzten Geschlecht abgelöst worden. Zürich, ehemals an vorderster Front für eine gerechte Sache eintretend, befindet sich nun unversehens in der kleinen Gruppe der Nachzügler.

Der *neueste Stand des Erwachsenenstimmrechtes* in der Welt ist gemäss einer Mitteilung des Genfer Sekretariats der Vereinigten Nationen der folgende:

Eine *erste Gruppe* umfasst die Staaten, in denen die Frauen das *gleiche* Wahl- und Stimmrecht besitzen wie die Männer: 114 von insgesamt 125 souveränen Staaten.

Eine *zweite Gruppe* wird gebildet durch die Staaten, in denen das Wahl- und Stimmrecht der Frauen *noch irgendwie begrenzt* bzw. an besondere Voraussetzungen geknüpft ist, die für die Männer nicht gelten: Es sind noch 3 Staaten (in Portugal und Syrien müssen die Frauen, die das Stimmrecht begehren, eine bestimmte Schulbildung nachweisen; in San Marino ist der Frau vorläufig erst das aktive Wahlrecht eingeräumt worden).

Eine *dritte Gruppe* endlich besteht aus den Staaten *ohne* Stimm- und Wahlrecht der Frau. Vor wenigen Jahren noch Dutzende von Ländern umfassend, ist diese «Phalanx der Unentwegten» heute in rascher Auflösung begriffen. Die *neueste Uebersicht* weist noch die folgenden Staaten auf: Kongo-Kinshasa, die nördliche Region von Nigeria, Jordanien, Kuwait, Jemen, Saudiarabien (wo auch die Männer kein Stimmrecht besitzen!), Liechtenstein und — *die Schweiz* (mit Ausnahme von Genf, Waadt, Neuenburg und Baselstadt).

Wir haben je und je vor einer falschen Deutung und Verwendung solcher Statistiken gewarnt. Einmal ist die Schweizer Frau rechtlich weit besser gestellt als die Frauen in vielen Ländern, wo ihnen das Stimmrecht zusteht; sodann geht es beim Postulat der Gleichberechtigung nicht um die Verwirklichung der gleichen Rechtlosigkeit, sondern des gleichen Rechtes! Aber gerade wenn wir den Vergleich auf den Kreis der rechtstaatlichen Demokratien begrenzen, werden die Dinge noch drastischer: *Wir stehen heute mit Liechtenstein* — das übrigens den Uebergang zum Erwachsenenstimmrecht zurzeit vorbereitet — *nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt allein!*

Die Gegner des Frauenstimmrechtes in der Schweiz reagieren allerdings auf solche Vergleiche mit dem Ausland sehr irritiert und schroff — so wie man eben nur auf Einwände und Feststellungen reagiert, die ebenso unbequem wie unwiderleglich sind. «Der Zürcher Stimmbürger hat es wahrhaft nicht nötig, vom Ausland darüber belehrt zu werden, was Demokratie heisst!»: mit diesem Satz sollte der Männerstaat im Abstimmungskampf gegen peinliche Vergleiche abgeschirmt werden.

Richtig ist nur das eine: dass wir diese Fragen selbständig entscheiden müssen. Unser Richtpunkt kann und darf nicht einfach das sein, was die anderen Staaten tun. Unser neutraler und föderalistischer Kleinstaat mit seiner weitgetriebenen direkten Demokratie muss in vielen Dingen auch im Zeitalter der Integration eigene Wege gehen. Und es kann immer wieder Situationen geben, wo man den Mut und die Kraft aufbringen muss, gegen machtvolle Zeittendenzen allein durchzuhalten. *Nicht zu diesen Fragen gehört nun aber die Stellungnahme gegen die politische Gleichberechtigung der Frau.* Lange Zeit hat man dies allerdings auch im Völkerrecht als eine *rein innere* Angelegenheit der Völker angesehen. Mehr und mehr setzt sich aber international — in Europa und universal — die Rechtsanschauung durch, dass *die Gleichberechtigung auch in der politischen Mitbestimmung zu den unentziehbaren Grundrechten der menschlichen Person gehört* und dass eine Einschränkung dieser Rechte aus Gründen des Geschlechtes *eine rechtlich unzulässige Diskriminierung darstellt.*

Wir geraten in einen immer schrofferen Widerspruch zur allgemeinen Rechtsentwicklung. Führende ausländische Staatsrechtler stellen heute übereinstimmend fest, man könne einen Staat, der die Frau von der Urne fernhalte, heute nicht mehr als Demokratie bezeichnen. Während man im schweizerischen Männerstaat sonst bei jeder Gelegenheit, wo man etwas durchsetzen will, auf die ausländischen Vorbilder verweist, möchte man in *dieser* Frage die ausländische Entwicklung gerne völlig negieren. Immer unverständlicher wird selbst den wohlwollendsten ausländischen Betrachtern unsere Haltung. Bedeutende Staatsrechtler stellen erstaunt fest, dass die «älteste Demokratie» in der allgemeinen Entwicklung zum Erwachsenenstimmrecht «eine sonderbare Ausnahme bilde»; die Schweiz wird geradezu als «dernier bastion antiféministe» qualifiziert! Ein grosser Freund der Schweiz gibt uns — im Blick auf das Frauenstimmrecht und die anderen Fragen, für die wir auch bis heute beanspruchen, ein «Sonderfall» zu sein (Jesuiten-, Kloster- und Schächtartikel) — die Ermahnung mit auf den Weg: «*Il ne faut pas vouloir être sage tout seul!*»

In der Vorbereitung des «Rekurses an den besser informierten Souverän» geht es nicht zuletzt auch darum, zu zeigen, dass wir heute nicht mehr bloss in einem Meinungsgegensatz zur Umwelt stehen, sondern in einem ernststen Widerspruch zu einer sich konsolidierenden Rechtsüberzeugung der ganzen Welt. Die Schweizerfrauen können die neue Phase des Kampfes mit guten Gründen unter das Motto stellen: «*Stimmrecht ist Menschenrecht!*» (Aus der NZZ.)

(Prof. Kägi nahm am 1. Februar am Fackelzug teil. Er hat damit in solidarischer Weise seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Dafür wissen wir ihm herzlichen Dank. Die Red.)